

Schwarzwälder Tageszeitung

Mus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Zwischblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat Mai 1918 100 M., mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 150 M. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 150 M., die Restzeile 400 M. Mindestbetrag eines Auftrags 300 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorschlag ist der Rabatt festzulegen.

Nr. 110.

Altensteig, Montag den 14. Mai.

Jahrgang 1918

Die engl. Antwortnote.

Das deutsche Angebot als ungenügend befunden. England regt neue deutsche Vorschläge an.

22.5. London, 13. Mai. Die heute Vormittag auf der deutschen Botschaft überreichte Note der britischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Exzellenz!

Die Regierung Sr. Majestät hat dem Memorandum, das Exzellenz mir am 2. Mai mitgeteilt haben und in dem die deutsche Regierung ihre Vorschläge für eine Regelung der Reparationsfrage vorlegt, Ihre sorgfältige Aufmerksamkeit zu teil werden lassen.

Dieser Schritt der deutschen Regierung ist bekanntlich die Folge einer Anregung gewesen, die ich im Laufe einer Debatte im britischen Parlament am 20. April gegeben habe und die Regierung Sr. Majestät hat daher an der Antwort, die auf diesen Appell hin erfolgt ist, ein besonderes Interesse. Ich kann Exzellenz nicht verhehlen, daß die Vorschläge Ihrer Regierung eine große Enttäuschung gewesen sind und daß die deutsche Regierung den unüblichen Eindruck, den sie sowohl auf die Regierung Sr. Majestät, als auf Ihre Alliierten gemacht haben, noch meiner Ansicht hätte voraussehen und ihm daher vorbeugen können und müssen.

Die Vorschläge entsprechen weder der Form noch dem Inhalt nach dem, was Sr. Majestät Regierung vernünftigerweise als Antwort auf den Rat hätte erwarten können, den ich bei mehr als einer Gelegenheit der deutschen Regierung durch Exzellenz zusammen zu lassen unternommen habe, und auf den direkten ihr in der erwähnten Rede gegebenen Hinweis.

Die Hauptgründe für diese herabgesetzte Entschädigung sind die folgenden: 1.) Die deutsche Regierung bietet als Gesamtbetrag ihrer anerkannten Schuld eine Summe an, die weit unter dem wahren Betrage liegt, der die Grundlage des Pariser Kongresses im letzten Januar unterzeichneten britischen Zahlungspolans bildet und daher von vornherein als für die alliierten Regierungen völlig unannehmbar hätte erkannt werden müssen. Weiterhin wird die Zahlung sogar dieser unzulänglichen Summe von dem Ertrahen einer Reihe internationaler Wästelien abhängig gemacht, das unter den landgegebenen Bedingungen in weitem Umfange ungenügend sein muß und zwar in einem so hohen Grade, daß der von der deutschen Regierung vorgelegte Plan tatsächlich Bestimmungen enthält, die sich mit der Möglichkeit des Nachhandelskommens der Wästelien deckeln. Außerdem sollten die zu diesem Punkte vorgeschlagenen Reclamationsbedingungen ein, die für Deutschland weniger bedauernd sind, als wenn die Wästelien erfolgreich wären, jedoch kein wirklicher Anreiz für Deutschland geworden ist, den Versuch zur Vereinbarung zu machen. 2.) Daß es die deutsche Regierung unterläßt, die Art der Garantien mit größter Sorgfalt zu bezeichnen, die Deutschland anzubieten bereit ist, ist noch ganz besonders zu bedauern. Statt größtmöglicher Substantialität Vorschläge in dieser Richtung zu erhalten, sehen sich die alliierten Regierungen unbestimmten Versicherungen, Zugeständnisse auf lässige Verhandlungen gegenübergestellt, die in einer geschäftlichen Transaktion dieser Art praktischen Wert entbehren.

Die Entschädigung ist umso größer, als die Regierung Sr. Majestät gegen den Gläubigen aufrecht erhalten möchte, daß in dem deutschen Memorandum Anzeichen dafür zu finden seien, daß die deutsche Regierung die auf ihr liegende Verpflichtung anerkennt, eine einstimmige Konferenz zur Regelung ihrer Verbindlichkeiten aus dem Vertrag von Versailles zu machen in einer Weise, die die Alliierten als billig und aufrichtig ansehen können. Wenn Deutschland die Möglichkeit hat, den Weg zu einer wirksamen und schnellen Lösung des Problems zu eröffnen, daß, solange es nicht gelöst ist, die politische und wirtschaftliche Lage Europas und tatsächlich der ganzen Welt in ernste Verwirrung bringt, dann scheint es bedauerlich, daß es nicht eine klarere und schärfere Abgrenzung der Punkte bewiesen hat, auf denen allein die Lösung gesucht werden kann. Die Regierung Sr. Majestät ist ihrerseits überzeugt, daß Deutschland in einem eigenen Interesse es vorteilhaft finden wird, eine größere Bereitwilligkeit zur Verständigung mit der alliierten Seite zu entwickeln und unter Ausschaltung tatsächlicher Lage zu entwickeln und unter Ausschaltung aller wesentlichen und kritischen Punkte dazu schreiben wird, aber wesentlichen noch einmal zu erwägen und so zu erweitern, daß sie in eine brauchbare Grundlage für weitere

Erörterungen umgewandelt werden. An einer solchen Erörterung wird die Regierung Sr. Majestät bereit sein, im geeigneten Augenblick an der Seite ihrer Alliierten teilzunehmen, mit denen sie ein praktisches Interesse an dieser Frage teilt, das sie ebensowenig aufzugeben beabsichtigt wie den Wunsch, einer Lage von internationaler Geltung ein Ende zu machen. Aber sie kann der deutschen Regierung nicht verhehlen, daß der erste Schritt zur Beendigung einer solchen Hoffnung die Anerkennung von Seiten Deutschlands sein muß, daß eine viel höhere und viel bestimmtere Mitwirkung erforderlich ist, als sie bisher in Betrachtung getreten ist.

(sig): Gargon of Reflection.

Militarismus und Arbeitermangel in Frankreich.

Paris. Die französischen Konsulate und Missionen in Polen und der Tschechoslowakei werden Arbeiter, besonders Bergleute zur Arbeit in Frankreich. Es wird ein sehr hoher Lohn und freie und gute Unterkunft versprochen. So wird in Polnisch-Oberschlesien ein Bericht des Wohnungsausschusses des Verbandes französischer Grubenarbeitern geradezu das Paradies versprochen wird. Es ist ersichtlich, wie Frankreich auf einmal für die Landsfremden sein soziales Herz entlockt hat, von dem die eigenen Arbeiterkategorien so wenig verspärten. Der Bedarf an Arbeitern und Bergleuten in Frankreich ist im Augenblick aber so groß, daß er kaum befriedigt werden kann. Aus Polen werden allwöchentlich größere Transporte nach Frankreich geführt. Am 11. April ging ein solcher Arbeitertransport über Danzig nach Frankreich, denen am 13., am 20. und 14. April bereits weitere folgten. Der Bedarf Frankreichs ist aber noch lange nicht befriedigt, die Werbungen in Polen wie auch der Tschechoslowakei werden von den Franzosen mit allen Mitteln und Versprechungen betrieben.

Wir führen die Tätigkeit der französischen Missionen in einer einzigen Stadt, in Moskau, deshalb besonders an, um diesem Beispiel zu zeigen, wie groß der Arbeitermangel in Frankreich sein muß. Wir führen dazu den Bericht aus einer Versammlung der „Föderation des Industriellen et des Commerçants Français“, die vor kurzem in Paris zur Lösung dieser Frage des Arbeitermangels tagte. Nach diesem Bericht tritt der Mangel an Arbeitskräften am stärksten in Erscheinung in der Schiffs- und Lederindustrie, der Textilindustrie, der Landwirtschaft und in den französischen Weiden. Wir greifen die Textilindustrie heraus. Sie ist im Bezirk Lille-Stroubai-Tourcoing, also im ehemaligen Kriegsgebiet, gegenwärtig zu 90 Prozent ihres Vorkriegsstandes wieder betriebsfähig. Sie kann aber in den Spinnereien nur 50 bis 70 Prozent der Vorkriegsleistung, in den Webereien nur bis zu 60 Prozent ausbringen, einfach, weil die erforderlichen Arbeiter nicht vorhanden sind. In dieser Sitzung erklärte der Vorsitzende der Vereinigung französischer Landwirte, die Zulassung ausländischer Arbeiter ist unvermeidlich, um nur einigermaßen die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Auch über die Gründe dieses in fast allen Wirtschaftszweigen bestehenden Mangels an Arbeitskräften wurde diskutiert. Man gab den Kriegsverlust an Menschen die Schuld, der rückläufigen Bewegung der Geburten und der Erweiterung der französischen Industrien. Aber man hätte sich wohlweislich, an der Hauptursache zu rühren, an den französischen Militarismus. Frankreich hält dauernd 800.000 Mann der leistungsfähigsten Altersklassen unter den Fahnen, und das bei einer Gesamtbevölkerung von nur etwas über 40 Millionen. Würde es nur die Hälfte dieser 800.000 Mann produktiver Arbeit zuführen, es wäre kein Arbeitermangel in Frankreich. Die französische Industrie braucht nicht in Polen, der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und Italien monatlich tausende von fremden Arbeitern anzuwerben. Sie braucht nicht Millionen für den Bau von ganzen Häuserreihen für diese Einwanderer aufzubringen.

Und wozu braucht Frankreich dieses 800.000-Mann-Heer? Es isoliert den Frieden und den Wiederaufbau Europas, es legt im Ruhr- und Rheingebiet die deutsche Wirtschaft lahm, führt eine Politik der Herabwürdigung und die Kosten dieser Herabwürdigungspolitik muß — Deutschland

tragen. Mehr als ein Viertel der französischen Armee steht heute auf deutschem Boden. Mehr als 5 Millionen Goldmark hat der Befehlshaber des Rheins schon gelöst. Das Heer schmarotzt, faulenz und für die Arbeit in Frankreich müssen fremde Arbeiter importiert werden. Wie lange soll dieser Irrsinn noch währen? Auf der einen Seite 800.000 Mann unter den Waffen, auf der anderen Seite Arbeitermangel!

England und die Saarfrage.

Im englischen Unterhaus wurde scharfe Kritik geübt an der Franzosenwirtschaft im Saargebiet. Der frühere Minister Sir John Simon lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf einen im Saargebiet verkündeten Erlass, der die schwersten Strafen für Handlungen auferlegt, die in anderen Ländern entweder überhaupt nicht strafbar seien oder als unbedeutendes Vergehen angesehen würden. Das Saargebiet sei ein dicht bevölkertes Gebiet, das eine fast nur aus Deutschen bestehende Bevölkerung von 700.000 Menschen umfasse. Es bestehe kein Grund zu der Erklärung, daß das Gebiet nicht in jedem Sinne deutsch sei. Die Regierung des Saargebiets sei in die Hände des Völkerbunds gelegt worden. Es sei von grundlegender Bedeutung, daß der Völkerbund in den Augen der Saarbevölkerung nicht in Mißkredit gerate. Simon bezeichnet den am 9. März von der Verwaltungskommission verkündeten Erlass als einen „äußerst erschrecklichen Mißbrauch gesetzgebender Autorität“. Außer der Auferlegung einer unheimlichen Strafe für dieses trübe Vergehen habe die Kommission es auch noch für nötig erachtet, einen Sondergerichtshof zu errichten, um Schuldige zu bestrafen. Der Erlass sei eine Ueberschreitung des Friedensvertrags. Er sei ungesetzlich in Wirksamkeit gesetzt worden, weil der Friedensvertrag vorsehe, daß, bevor irgend eine Aenderung der Gesetze in Bezug auf das Saargebiet stattfinden könne, eine Beratung mit einer die Einwohner vertretenden Körperschaft stattfinden müsse, und eine derartige Beratung habe nicht stattgefunden.

Der Unterrichtsminister und Vertreter Großbritannien im Völkerbund, Wood, erklärte zunächst zur Frage der Ernennung einer Persönlichkeit des Saargebietes in die Regierungskommission, Dr. Hector habe aufgehört, Vertreter des Saargebietes in der Kommission zu sein und die Frage seines Nachfolgers sei vor den Rat gebracht worden. Wood sei für den Posten vorgeschlagen worden. Er bezeuge die Zweckmäßigkeit dieser Ernennung. Wood verteidigte aber im einzelnen den angeführten Erlass. Der Vorsitzende der Verwaltungskommission habe ihm auch erklärt, daß der Erlass gebilligt worden sei durch den technischen Ausschuss einer freien Körperschaft, die sich aus acht oder zehn Einwohnern zusammensetze und die die Bevölkerung vertrete. Diese Ernennung habe bei allen Mitgliedern des Rates beträchtlichen Eindruck gemacht. Aus dieser Zurückziehung des Erlasses nicht anordnen werde. Die Regierung sei der Ansicht, daß eine angemessene Weise zur Behandlung dieser Frage eine unparteiische Untersuchung der allgemeinen Frage der Verwaltung des Saargebietes durch die Völkerbundsmaßnahme sei.

Nach Wood nahm Asquith das Wort und kritisierte sehr scharf den Erlass vom 9. März. Er sagte, man könne alle Annalen des Despotismus in den schlimmsten Tagen der russischen Geschichte durchsuchen, ohne ein solch ungeheuerliches Beispiel des politischen Gesetzgebens zu finden. Asquith führte Stellen aus dem Versailler Vertrag zum Beweise dafür an, daß der Saar-Erlass weder moralisch, noch gesetzlich gerechtfertigt werden könne. Der Erlass sei eine offenkundige Ungesetzlichkeit. Er gefährde das Ansehen des Völkerbunds und gestatte dem deutschen Volk zu sagen: Der Völkerbund, wie er augenblicklich zusammengestellt ist und geführt wird, ist ein Phantom, eine Farce und ein Betrug. Er wird von den Franzosen betrieben und beherrscht. Asquith schlug vor, daß die Regierung unverzüglich Schritte unternehmen solle, um eine besondere Sitzung des Völkerbunds einzuberufen.

Lord Cecil erklärte, der Erlass sei gar nicht zu rechtfertigen und müsse sofort zurückgezogen werden. Seiner Ansicht nach müsse erwogen werden, ob nicht irgend eine allgemeine Regelung zwischen Frankreich und Deutschland zur Neubildung der Saarverwaltung auf irgend einer anderen Grundlage stattfinden könne.

Zum Namen der Regierung erklärte Barlamentärsekretär Mac Weill, es stimme vollkommen mit dem überein, daß kein einziges Mitglied des Hauses vorhanden sei, das den Saar-Gebiet als Flächen verteidigen würde. Aber es folge daraus nicht, daß es gut gewesen wäre, von irgendeinem Standpunkt aus unmittelbar eine Handlung zu unternehmen. Man müsse doch dabei rechnen, daß man sich auf internationalen Konferenzen in der Minderheit befinde. Was die größere Frage der Ruhr betreffe, glaube er, daß, wenn die Antwort der Regierung auf die deutsche Note veröffentlicht werde, die Mitglieder des Hauses, die die Regierung kritisieren, finden würden, daß sie wirklich nicht so viel Grund zur Unzufriedenheit hätten, wie sie meinten. Wie immer die Antwort laute und wozu sie auch immer führen werde, der Grundsatz der Regierungspolitik werde bleiben, wie er von Curzon im Oberhaus bezeichnet worden sei: Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Frankreich.

Neues vom Tage.

Neuer Steuergraben.

Berlin, 13. Mai. Der Steuerausschuß des Reichstags behandelte gestern den Antrag Herz (Soz.) und Gen. auf Aenderung der Lohnsteuer des Einkommensteuergesetzes. Staatssekretär Jaffé teilte mit, daß die Regierung auf Grund der Befreiung des Unternehmers im Reichsratsausschuß folgende Vorschläge unterbreitet habe: Der Betrag der Lohnsteuer von 10 v. H. des Arbeitslohnes ermäßigt sich 1. für den Steuerpflichtigen und für seine zur Haushaltung zählende Ehefrau: a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um je 1200 Mk. monatlich; b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um je 288 Mk. wöchentlich; c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 48 Mk. täglich; d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für längere Zeiträume um je 12 Mk. für je 2 angefangene oder volle Arbeitsstunden. 2. Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Kind: a) für volle Monate um 8000 Mk.; b) für volle Wochen um 1920 Mk.; c) für volle Arbeitstage um 320 Mk.; d) für einen kürzeren Zeitraum um 80 Mk. für je 2 angefangene oder volle Arbeitsstunden. Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die ihrerseits Einkommen beziehen, werden nicht gerechnet. 3. Zur Abgeltung der Werbungs-kosten: a) für volle Monate um 10 000 Mk.; b) für volle Wochen um 2400 Mk.; c) für volle Arbeitstage um 400 Mk.; d) für längere Zeiträume um 100 Mk. für je 2 angefangene oder volle Arbeitsstunden. Diese Bestimmungen sollen am 1. Juni 1923 in Kraft treten. Die Vorlage der Regierung wurde einstimmig angenommen. Der Reichsrat beschäftigte sich sodann ebenfalls mit dieser Vorlage, die auch die Zustimmung des Reichsrats fand. Da die Zustimmung des Reichsrats und des Reichstagsausschusses genügt, treten die neuen Sätze am 1. Juni in Kraft.

Aus Gefängnis abgeführt.

Düsseldorf, 13. Mai. Krupp v. Bohlen sowie die anderen mit ihm in Werden Verurteilten wurden in das Gefängnis zu Derendorf überführt, wo sie bis zur Entscheidung über die eingelegte Revision verbleiben werden.

Neue Verurteilungen.

Düsseldorf, 13. Mai. Vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf wurde gegen den Bürgermeister Schäfer, hiesig, Oberbürgermeister von Essen, der von den Kriegsgerichten in Werden und Reddinghausen zu 2 und 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, verhandelt. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis und 10 Millionen Mk. Geldstrafe.

Leserbrief.

„Woher ist dies und das genommen?“
Was geht's euch an, wenn es nur mein ward.
Fragt ihr, ist das Gemüß vollkommen,
Woher getroffen jeder Stein ward.

Was mein einst war.

Roman von Fr. Lehne.

(5) (Nachdruck verboten.)

3.

Das kleine Anwesen Jakob Dangelmanns lag dicht an der Chaussee am äußersten Ende des hübschen Dorfes, in dem die Häuser sehr weitläufig und verstreut gebaut waren — kaum, daß ein Nachbar dem andern in den Hof blicken konnte. Soll Besitzholz führte der Bauer Karl Wänther nach dem blendendweißen verputzten Hause, hinter dem sich auf sanft ansteigender Höhe ein großer Obstgarten hingog. Ein glänzendschwarzer Seidenspitz lief auf Jakob Dangelmann zu, sprang freudbelebend an ihm empor und wispelte scherzend nach seiner Hand, bis der ihm Befehl — „leg dich schön, Papi!“ —

In einem großen Birnbaum, der das Haus beschattete, stütete eine Amsel ihr sehnsuchtsvolles Lied in den klaren Vorfrühlingsstag hinein.

Jakob Dangelmann blieb stehen, um Karl Wänther die Wegend zu erklären. Ein hübsches Bild bot sich den Augen dar — weit ging der Blick über die hügelige und waldbreiche Gegend bis hin zu der blauen Bergkette am Horizont. Wie ein zarter, grüner, samtener Teppich lagen die Felder mit der Winterfaat, unterbrochen von großen, schwarzen Flächen, die noch darauf warteten, daß ihrem Schoße neuer Segen anvertraut wurde.

Ruhe und Frieden atmete die Landschaft. Karl Wänther lächelte, daß er mit seinem raschen Entschluß recht getan

12 Milliarden Mk. zur Behebung kultureller Notstände Berlin, 13. Mai. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat den Antrag der Abgg. Schreder (Zentr.) und Klobner (Zentr.) angenommen, wonach für den öffentlichen Haushalt des Reichsministeriums des Innern bei einer einmaligen Ausgabe 12 Milliarden als Beihilfe zur Behebung kultureller Notstände eingefügt werden. Die Mittel sollen als einmalige Notstandssumme bestimmt werden, um kulturellen und gemeinnützigen Vereinigungen, an deren Erhaltung das Reich Anteil nimmt, Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Entmenschte Austreibung.

Triar, 13. Mai. In Gönz bei Triar sind weitere 100 Eisenbahnerfamilien gezwungen worden, in kürzester Frist ihre Wohnungen zu verlassen, ohne daß ihnen gestattet wurde, das geringste mitzunehmen. Ganze Viertel wurden von Spahis abgesperrt, die Familien auf den Bahnhof gebracht und sofort abtransportiert. — In Ludwigshafen hat man 75 Eisenbahnerfamilien ausgetrieben.

Wortarbeit der Franzosen.

Herne, 13. Mai. Am Mittwoch erschienen zwei französischen Soldaten auf dem Hauptbahnhof und schossen ohne jeden Grund auf die mit dem Ausbessern der Güterwagen beschäftigten deutschen Arbeiter, die sofort die Flucht ergriffen. Ein Arbeiter wurde durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt, zwei weitere erlitten 2 Streifschüsse leichterer Natur.

Wiesbaden, 13. Mai. Die Arbeiterin Bredow wurde in ihrer Wohnung durch einen Marokkaner durch Schüsse in die Brust schwer verletzt. — In Mainz wurde ein holländischer Schiffer von einem französischen Posten erschossen.

Der Mord in Lausanne.

Lausanne, 13. Mai. Die Trauerfeier für den ermordeten russischen Delegierten Borowski fand am Sonntag am Bahnhof in Lausanne statt, von wo aus die Leiche nach Moskau überführt wird. Der Zustand des einen verwundeten Russen gilt als hoffnungslos.

Lausanne, 12. Mai. Die alliierten Delegationen veröffentlichten lediglich eine offiziöse Erklärung, in der sie nochmals die Vorgänge aufzählten, die der Verweigerung des Visums an den russischen diplomatischen Kurier von Berlin nach Lausanne vorangegangen sind. Eine ähnliche Erklärung veröffentlicht auch das schweizerische politische Departement.

Lausanne, 12. Mai. Der Untersuchungsrichter Dupertols erklärte, daß es sich um eine Einzeltat handle. Auch habe er, daß Conradt in Lausanne keine Komplizen habe.

Das Ultimatum Englands an Rußland.

London, 13. Mai. „Daily Express“ berichtet aus Moskau, daß die Sowjetregierung beschloffen habe, den Handelskommissar Krassin nach London zu entsenden, der unverzüglich auf dem Luftweg dorthin abreisen soll. Er soll über die englischen Forderungen verhandeln.

London, 13. Mai. Im Zusammenhang mit der Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach der Murmanküste zum Schutze der britischen Fischerfahrzeuge hat der Vorstand der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei beschloffen, ein Telegramm an die Sowjetregierung zu senden, worin es heißt: Die Mitteilung der britischen Regierung, daß sie ein Kanonenboot nach der Murmanküste abgeordnet habe mit dem Befehl, im Notfall Gewalt zu gebrauchen, habe unter den parlamentarischen Arbeitervertretern erste Unruhe hervorgerufen. Die russische Regierung werde daher gebeten, sich aller Schritte, die die Anwendung von Gewalt und den Ausbruch eines Krieges verursachen könnten, zu enthalten, bis weitere Verhandlungen über das Ultimatum der britischen Regierung stattgefunden hätten.

Ein Attentat auf Cailleaux.

Paris, 12. Mai. Die der „Petit Parisien“ aus Doulon mitteilt, wurde der frühere Ministerpräsident Cailleaux in Gemeinschaft von vier Freunden von einem Attentäter angefallen. Dieser Attentäter ist der Advokat Gielot, der bereits im November vor. Jh. Cailleaux tödlich angegriffen hatte. Wie aus den Einzelheiten hervorgeht, stürzte er sich mit anderen Manifestanten auf Cailleaux, verlegte ihm durch Knüttelschläge am Schädel und an den Armen. Auch zwei Begleiter Cailleaux' wurden verletzt. Der frühere Ministerpräsident brach bewußtlos auf dem Bürgersteig zusammen. Am Abend konnte er jedoch den Journalisten erklären, daß er eine Untersuchung beantragt habe, deren Resultat er baldigst erwarte.

Aus dem Offenburger Einbruchgebiet.

Aus Gengenbach wird geschrieben:

Seit dem Tage der Besetzung Mittelbadens sind bereits 14 Wochen vergangen. Der Sommer zieht ins Land und noch immer laßt sich furchtbares Gemetzel auf einer wachsenden Bevölkerung. Wenn man heute die Bahnstrecken Mittelbadens ansieht, glaubt man Ruinen zu sehen. Zwischen den Gleisen wuchern dicke Grasbüschel, die Weiden und Stellwerke sind zerstört und für keinen Zweck mehr brauchbar und man könnte annehmen, die ehemalige Dampfbahn internationale Verkehrs sei eine stillgelegte Nebenstrecke.

Wäßt und leer steht der Offenburger Bahnhof da. Die Abzweiglinien sind von den Franzosen vernagelt worden, weil sie so mit Unrat angefüllt sind, daß die Franzosen sich vor ihrem eigenen Schmutz fürchten. Die Wartsäle, in denen vor Wochen die Kohlenarbeiter kampierten, meist Verbrechergesindel, sind verfallen und verwandt. Die Fenster der Räume im Rathaus, Bahnhof und Bezirksamt starren vor Schmutz. Das Herz kramt sich einem zusammen, wenn man sieht, wie deutsche Arbeit im Schmutz verkommt.

Man konnte in den letzten Tagen vielfach das Gerücht hören, es werde nicht mehr lange bis zur Wiederinbetriebnahme der Post und Eisenbahn dauern. Die vielen Spindel, die sich im besetzten Gebiet herumtreiben, fragen das, daß die Bevölkerung einestheils mit launenhaften Gerüchten verdrängt wird, — wie oft schon wurde in der Ortenau die Kapitulation Deutschlands als Tatsache verkündet, — andererseits wieder mit wühlenden Nachrichten, die bekunden sollen, wie besorgt der Franzose um die deutsche Bevölkerung ist. Es gibt in Offenburg in einer bekannten Wirtschaft ein Hauptquartier von Spindeln, die im Solde der Franzosen stehen, auch das weibliche Geschlecht hält sich diesem Dienst nicht fern.

In den letzten Tagen hat Offenburg einen neuen Kommandanten erhalten. Es ist der dritte innerhalb der Zeit der Besetzung. Sein Name ist Bica. Auch Offenburg hat in pfälzischen Gefängnissen. Ich hatte Gelegenheit, einen Herren aus der Wals zu sprechen, der über die Verhältnisse in den dortigen Gefängnissen unterrichtet ist. Weis tausende unschuldiger deutscher Männer schmachten. Meist befinden sich vier und mehrere Gefangene in einer Zelle. Die Zelle ist die denkbar schmutzige. Sauberkeit ist bei den Franzosen zudem ein unbekannter Begriff. Das rote Kreuz übermittelt den Gefangenen ab und zu Lebensmittel, aber diese Vorsehung ist gering gegenüber dem seelischen Trud, der auf den Gefangenen lastet. Vor etwa vier Wochen wurden hier mehrere junge Leute verhaftet, die angeblich nach einem französischen Pöken geworfen haben sollen. Bis heute haben die französischen Gerichtsbehörden in dieser Angelegenheit noch nichts getan. Die jungen Leute sitzen noch immer im französischen Militärgefängnis in Lan-

den der große weißgeschneuerte Heilig stand. Ernst grüßte der Kreuzigte aus der Ecke herunter.

Um den Herd hing allerlei Küchengeschirr am Rahmen. In einem großen Glasstrank prangten bunte Teller, Tassen, Kannen und Gläser.

Ein mit buntem Kretonne bezogenes Kanapee stand an der Längswand. Neben dem Spiegel darüber waren verschiedene gerahmte Photographien angebracht, die gottenteils ein und dieselbe Person darstellten: einen jungen sympathischen Mann in Friedensuniform und in Feldgrau. — „Mein Franz!“ sagte Jakob Dangelmann, indem er ein Bild von der Wand nahm, das den jungen Krieger im Schmutz des Eisernen Kreuzes zeigte — „die letzte Aufnahme, während er auf Urlaub war — nachher hat's ihn bald erwischt.“

So einfach sagte er das, daß man ihm nicht anmerken konnte, wie nahe ihm die Zerstörung seiner ganzen Lebenshoffnung gegangen war!

Das Schweigen, das seinen Worten gefolgt wurde, unterbrochen durch leises Piepsen und beruhigendes mütterliches Gurren aus der warmen Herde her.

Karl Wänther bückte sich über den Tisch und blickte mit gerähtem Interesse auf die winzige gelbe Gesellschaft, die aufgeregt und wiepfend durcheinandertan, um schließlich unter die schützenden Flügel der Mutter zu kriechen. Wann hatte er eine solche Jubel zuletzt gesehen! Es war unwahrscheinlich lange her!

„Vor zwei Tagen sind sie herausgekommen — neun Stück von zwölf Eiern —“ sagte der Bauer.

Er öffnete eine Türe — es war die zur Speisekammer. Recht unordentlich sah es auf dem Tisch darin aus. Neben Tellern mit allerlei Resten lag ein angestrichelter weißer Brotlaib — ein ziemlich großes Stück Geräuchertes, eine Schüssel mit Butter und gegen zwanzig Eier. Ein Teil Mehl war aus einem Beutel über die Tischplatte geschüttet und halb über eine Schüssel gebohtet und bereits abgeschälter Kartoffeln.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Altenburg, 14. Mai 1933.

— Erhöhung der Platen. Das Staatsministerium hat mit Wirkung vom 1. Mai ab bei Dienststellen der Beamten die Platen und das Uebernachtgeld erhöht, und zwar bei den Besoldungsgruppen I—V die Platen auf 6500, das Uebernachtgeld auf 3500 M., bei den Gruppen VI—VIII auf 8000 bzw. 4000 M., bei den Gruppen IX—XIII auf 9500 bzw. 5000 M. Das Altimetergeld ist gleichzeitig von 40 auf 50 M. erhöht worden.

— Einreise und Aufenthalt im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinflandkommission in Koblenz hat, wie bereits bekanntgegeben wurde, eine Aufhebungsordnung zu ihrer Verordnung betr. die Einreise-, Aufenthalt- und Verkehrsbestimmungen erlassen. Diese Aufhebungsordnung ist für das als besetztes Gebiet erlassenen. Ein Befehl des Oberbefehlshabers der alliierten Besatzungsstruppen wegen ihrer Anwesenheit im neubefetzten Gebiet liegt nicht vor. Somit werden zurzeit für das neubefetzte Gebiet Einreisevermerke nicht verlangt.

— Postsendungen nach dem besetzten Gebiet. In den schon früher mitgeteilten Erklärungen des Postverkehrs nach dem besetzten Gebiet treten mehr und mehr neue Schwierigkeiten dadurch hinzu, daß die eingedrungener Truppen im zunehmenden Umfange Briefbeutel zeitweilig zurückhalten oder beschlagnahmen oder aus Briefbeuteln, die sie geöffnet haben, Sendungen an sich nehmen. Derartige Eingriffe sind auch Briefsendungen (einschließlich der Werbepost und Werkschriften) aus anderen Ländern ausgef. Die deutsche Postverwaltung weist darauf hin, daß sie für die durch Maßnahmen der eingedrungenen Truppen hervorgerufenen Verzögerungen, Verluste oder Beschädigungen von Postsendungen aus dem Auslande eine Verantwortlichkeit nicht übernimmt.

*** Calw, 12. Mai.** (Wärtterber. über Riegler u. d. Becht Calw.) Im Mai vorigen Jahres wurde von dem Bezirksobmann, Herrn Oberlehrer Rühle, eine Sitzung unter dem Namen „Kriegsliste Calw“ ins Leben gerufen, deren Zinsen beständig, kassen und wöchentlichen Kriegskriegern, Kriegsbeschädigten und Kriegskinder, Kriegswitwen und -Waisen zu gute kommen sollen, soweit sie Angehörige des Württ. Kriegsbundes sind oder waren. Der Ortsgruppenverwaltung geht es außer dem Bezirksobmann an die Herren Delan Jeller, Stadtplatzler Lehler, Wilhelm Braun aus Albing und Gemeindevater Mann aus Stammheim, Vorstand des Militärvereins Stammheim. Das Kapital betrug zur Zeit nach einjähriger Erziehung der Einnahme 795 000 M.

*** Vom Mergtal, 11. Mai.** (Ablicher Unglücksfall.) Heute Vormittag ereignete sich auf dem Hirscheskopf ein schwerer Unglücksfall. Der 60 Jahre alte Bauer Jakob Jakob Stoll von Altdorf verunglückte beim Sanfterladen tödlich.

Stuttgart, 13. Mai. (Beleid der bayerischen Regierung.) Nach dem Bekanntwerden des Todes des Ministers des Innern Graf hat der bayerische Gesandte in Stuttgart Dr. Fischer dem Staatspräsidenten Dr. Hieber einen Besuch abgestattet, um ihm das Beleid der bayerischen Staatsregierung zu übermitteln.

Am Verband württ. Militärärzte. Der Landesverband Württemberg der Zivildienstberechtigten (ehem. Verband Württ. Militärärzte) hielt in Stuttgart seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende gab die mit warmen Worten der bedrückten Volksgenossen an Rhein und Ruhr. Nach dem Jahresbericht haben die Versorgungsämter in Württemberg Anlaß zu unangenehmen Klagen. Die Anstellungsgrundätze, welche für das ganze Reichsgebiet maßgebend sind, würden in Württemberg seitens der Zivilverwaltungen nicht im Geiste des Entgegenkommens gehandhabt. In einem Referat über die Zivilversorgung in Württemberg wurde besonders darüber klage geführt, daß den aus dem Stande der ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht hervorgegangenen Beamten keine Gelegenheit gegeben sei, in den mittleren Beamtenstand aufzurücken.

Einigung im Brauereigewerbe. Durch Verhandlungen wurde im Stuttgarter Brauereigewerbe eine Einigung erzielt. Die Verhandlung der Ausschüsse, die im Gewerkschaftshaus tagte, stimmte den Vereinbarungen zu. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Juffenhäuser, 13. Mai. (Revolverheld.) Infolge häuslicher Streitigkeiten gab der 22jährige Arbeiter Lautenschlager auf den 48 Jahre alten Zimmerer Kuttner zwei Revolver schüsse ab, die diesen lebensgefährlich verletzten. Der Täter stellte sich selbst der Polizei.

Reichenbach, 13. Mai. (Vom Strom getötet.) Vor einigen Tagen wollte die 15jährige Rosa Hilberer das elektrische Licht im Stall ausschalten. Dabei wurde sie vom Strom getroffen und sofort getötet. Scheinbar ist durch die Stallfeuchtigkeit die Isolierung schadhaft geworden, sodaß der Strom abgeleitet wurde.

Reutlingen, 13. Mai. (Landessommertagung der Deutsch-Dem. Partei.) Die Deutsch-Demokratische Partei Württembergs hält ihre Landessommertagung am Sonntag, 3. Juni, auf dem Marktwesen bei Reutlingen. Als Redner sind vorgesehen: Staatspräsident Dr. Hieber, die Abgg. Dr. Brudmann und Roth, sowie der Reichstagsabg. Krell.

Balingen, 13. Mai. (Gemeiner Diebstahl.) Die Bronzplatte am vieredigen Turm der Schalksburg, gestiftet vom Schwäb. Abteiler zur Erinnerung an den Tag der 500jährigen Wiederkehr des Uebergangs der Schalksburg an die Herrschaft Württemberg, 1403—1903, ist von bößlicher Hand entwendet worden.

Alm, 13. Mai. (Neuer Polizeidirektor.) Nachdem Polizeidirektor Wolf seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand getreten ist, wurde Oberamtmann

den und wässern warren, bis es den Franzosen gefällig ist. Bedauerliche Szenen sollen sich vor einigen Wochen im Militärgericht abgepielt haben. Unter den zu mehreren Monaten Gefängnis Verurteilten befanden sich auch Kriegsbeschädigte, die von der Verhandlung so erschüttert waren, daß sie einen Nervenzusammenbruch erlitten. Einer von ihnen, der am Tage der Verurteilung brüchig wurde, bekam einen Tobsuchtsanfall und zerstückelte Stühle und Henserscheiben im Sitzungssaal. Ein Eßlinger Staatsanwalt, der Nachfolger des ausgeschiedenen Staatsanwalts Bürger, wurde, nachdem er kaum acht Tage im Dienst war, verhaftet und befindet sich seit dieser Zeit im Gasthaus „Der König“ in Haft und wartet auf sein Schicksal. Zum Tode der Offenerburger und württ. auf sein Schicksal. Zum Tode der Offenerburger und württ. auf sein Schicksal. Zum Tode der Offenerburger und württ. auf sein Schicksal.

Vormarsch auf Karlsruhe. Karlsruhe, 13. Mai. Die Franzosen haben am Sonntag Vormittag die Rheinthalenbesatzungszone um etwa 1 Kilometer näher an Karlsruhe herangeschoben und sich im Stadtteil Mühlburg festgesetzt. Das Mühlwerk und der Bahnhof Mühlburg liegen jetzt in der neuen Zone. Der Verkehr ist bisher nicht gestört. Bei ihrem Vorrücken verhafteten die Franzosen einen Polizeiwachmeister, weil er sich den Befehlen der Besatzungsbehörden nicht unterworfen wollte. Vom eigentlichen Karlsruher Stadtgebiet sind die Franzosen jetzt nur noch einen Kilometer entfernt.

Uebergriffe der Franzosen. Mannheim, 13. Mai. Die Franzosen haben hier zwei deutsche Polizeibeamte in Zivil an der Grenze des besetzten Gebiets bei Ausübung ihres Dienstes verhaftet und ins Gefängnis nach Ludwigshafen eingeliefert. Auf der Wache wurde der eine Beamte mit einem Gummihäutchen von einem französischen Offizier mißhandelt. Die Verhaftung ist wegen „Umgehungen der französischen Grenzkontrollen“ erfolgt. Ferner wurde ein weiterer Beamter an der Grenze des besetzten Gebiets von 8—10 französischen Soldaten überfallen, durchsucht, festgenommen und abtransportiert. Der französische Offizier erklärte dem Beamten, er sei von seinen eigenen Landsleuten verraten worden. — Auf der Polizeiwache Uhlandstraße, die im unbesetzten Gebiet liegt, erschien ein französischer Feldwebel mit sechs bewaffneten Soldaten und meldete, daß der französische Posten an der Friedrichstraße hier mit Steinen beworfen werde. Dabei ist nicht festgestellt, ob die Steine von deutscher Seite geworfen wurden, zumal kürzlich einwandfrei festgestellt worden ist, daß es Franzosen waren, die ihre Posten mit Steinen beworfen haben. — In Ludwigshafen wurden wiederum 79 verheiratete Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Mai.
 Im Regierungskollegium: Reichsinnenminister Döber. Der Sitz des verstorbenen Abg. Edler v. Braun ist mit Blumen geschmückt.
 Das deutsch-polnische Abkommen betr. die Ueberleitung der Steuerangelegenheiten im ober-schlesischen Abteilungsgebiet wird ohne Aussprache in allen 3 Lesungen angenommen.
 Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag der Abg. Beyer (D. Vp.), Marr (Centr.), Leicht (F. Vp.) betr. Neuordnung der Lehrerbildung: „die Reichsregierung zu ersuchen, den die Lehrerbildungsfrage prüfenden Kabinettsbeschlusses einer Nachprüfung zu unterziehen und die Neuordnung der Lehrerbildung nach den Forderungen der Verfassung durch Reichsgesetz schleunigst zu regeln.“ — Der Bildungsausschuß dem Antrag beigetreten.
 Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen. Es folgt die 2. Beratung der Ergänzungen zu dem Reichsministerium des Innern.
 Die Abg. Dr. Schreiber (Centr.) mittelst, fordert der Ausschuß 12 Millionen zur Behebung kultureller Notstände. Der Ausschubsantrag wird angenommen, ebenso die Ergänzungsätze.
 Sodann beginnt die 3. Lesung des Etats und zwar dem Reichsministerium des Innern. Es wird verbunden mit der deutsch-polnischen Interpellation betr. die Auflösung der Deutsch-böhmischen Freiheitspartei und die Auflösung sämtlicher Selbstschutzorganisationen.
 Abg. Graf Weiskopf (D. natl.) begründete die Interpellation, die, wie er erklärte, nur aus rein sachlichen Gründen eingeleitet worden sei. Der Staatskanzler antwortete, daß der Freiheitspartei aufgeschoben hätte das Verbot der Freiheitspartei aufgehoben werden müssen. Die Auflösung des Selbstschutzes bedere die Rechte schuldig des Terrors aus.
 Unter starkem Widerspruch von rechts erklärte sodann Innenminister Döber, daß wohl durch die Entschiedenheit des Staatsgerichtshofs die Interpellation als erledigt anzusehen sei.
 Abg. Scheidemann (Soz.) erwiderte in dem Treiben der Reaktion, daß man tatenlos zusehe, nicht nur eine innerpolitische Angelegenheit, da die ganze Welt den Augenmerk darauf richte. Er wandte sich gegen den Vorwurf, daß der preussische Innenminister einseitig gegen rechts vorgegangen wäre. Scharfe Kritik an Scheidemann aus Hindenburg, dessen Reden im Reichstag schädlich wirken. Er warf der Freiheitspartei vor, daß sie an der Ermordung Erzbergers und Rathenows schuldig sei. Die Linke stimmte vielfach lebhaft zu, wobei sich mitunter große Sturmrisen entwickelten.
 Abg. Mersch (D. Vp.) erklärte, daß die bekannte Rede des Abg. v. Kardorff aus dem Landtag im Reichstag nicht gehalten worden wäre.
 Am Montag wird die Aussprache fortgesetzt.

Beutel, Oberamtsvorstand in Weisingen, zum Polizeidirektor in Alm ernannt.

Waldsee, 13. Mai. (Ueberfahren.) Ein junger Mann aus Weisingen, der in Unterbach im Dienst steht, wurde nachts 10 Uhr bei Unterbach vom Wege erfasst und getötet.

Vom Bodensee, 13. Mai. (Der Seejahresplan.) Vom kommenden Freitag an sind die Einschränkungen im Bodenseejahresplan aufgehoben. Die Schiffslinien verkehren wieder wie in dem Jahresplan vom 1. Okt. 1932.

aus Nachrichten aus aller Welt.

Erwerbslosenfürsorge. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages befaßte sich mit der Frage der Festsetzung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosenfürsorge. Die Regierung teilt mit, daß sie eine Erhöhung um etwa 33 Prozent in Aussicht nehme, während ein Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten erheblich höher gehen wollten.

Bäcker Pro'ess aus Warschau. Die polnische Gewerkschaft in Berlin ist beauftragt worden, der deutschen Regierung eine Note zu überreichen, in der gegen die Ansprachen des Reichsfinanzministers Cuno und des Finanzministers Dr. Herms bei den Berliner ober-schlesischen Kundgebungen im März und April dieses Jahres protestiert wird.

Reisefahrt Dr. v. Außinn's nach Franken. Der Ministerpräsident Dr. v. Außinn ist nach Franken abgereist, um dort verschiedene Städte, wie Bamberg, Würzburg und Schweinfurt, zu besuchen.

Entlassung des Münchener Polizeipräsidenten? In dem Kampfe zwischen Hitler und der bayerischen Regierung ist vorläufig der Münchener Polizeipräsident Koch zur Strecke gebracht. Koch hatte, ohne den bayerischen Innenminister in Kenntnis zu setzen, für den 1. Mai die „Baterländischen Verbände“ als Notvolker aufgerufen. Im Landtag bestritt der Innenminister, daß ein solcher Aufruf erlassen worden sei. Der Vorstand der „Baterländischen Verbände“ hielt jedoch seine Behauptung aufrecht, was nun zur Folge hat, daß Herr Koch den berühmten „Erholungsurlaub“ antreibt, aus dem er nicht mehr in das Polizeipräsidentenamt zurückkehren wird.

Freiassung. Das Volksgericht in München hat den Korrespondenten des sozialdemokratischen Parlamentaristen Franz v. Pufkammer, gegen eine Kaution von 5 Millionen M. aus der Haft entlassen. Die Verhandlung gegen ihn vor dem Volksgericht wird demnächst angesetzt werden.

Krupp Ehrenmitglied des Norddeutschen Regattaverens. Der Nordd. Regattaveren hat in seiner Sitzung beschlossen, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, den hervorragenden Förderer des Segelports, zu seinem Ehrenmitglied zu ernennen.

Selbstmord eines Polizeibeamten. Der Polizeipräsident Weber aus Darmstadt, der beschuldigt ist, mit dem Händler Kaufmann von Darmstadt die Ehefrau Kaufmann bei Rohrbunn im Speßart im April 1931 aufschänkt zu haben, und der deshalb seit April d. J. in Haft ist, hat sich im Untersuchungsgefängnis in der Jellenstrafenanstalt in Buxbach erhängt.

Der Regier in Zivilkleidung. In Mainz lief ein Regier auf der Straße herum, der nur mit einem Schurzfell bekleidet war. Zwei Schulkinder wollten den schwarzen Gefellen wegen Erregung öffentlichen Aergernisses festnehmen, fragten ihn aber zuerst, warum er in diesem Aufzuge durch die Straßen auge. Da grinst der Regier über sein ganzes Gesicht, öffnete seine riesige Rechte, aus deren Höhlung ein weißes Papier zum Vorschein kam. Auf dem Papier stand zu lesen: unterkriegt von der französischen Militärkommandantur Mainz; Der Regier Bombula hat Urlaub. Er ist berechtigt, Zivilkleidung zu tragen.

Drei Kinder verbrannt. Aus Hamburg wird berichtet: Auf unangelegte Weise entstand in einem mit Stroh gedeckten Hause in Billwerder ein Brand. Auf der Bühne des Hauses schloßen drei Kinder, die ums Leben kamen.

Frankfurter Brudermord. In Danzenheim i. O. H. hat ein 16jähriges Mädchen mit einer Art ihren Mährigen Stiefbruder, mit dem sie oft Streit hatte, erschlagen. Das Mädchen wurde zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt gebracht.

Der Sowjetdelegierte Ahrens ausgewiesen. Das bei dem Attentat auf Borowski verwundete Mitglied der russischen Delegation, Ahrens, erhielt aus Bern den Aufweisbefehl.

Weiteres.

Heraus und hinein. Einem Professor war die Nacht an seinem Rockärmel ausgegangen. Ein junger Mensch, der wichtig sein wollte, sagte: „Da guck die Weisheit heraus.“ — „Und die Dummheit hinein“, erwiderte der Gelehrte.

Der Foz als Atlas. Der dreijährige Helmut sieht auf der Straße einen schwarz-weiß-schneigen Hund laufen. Davi ruft er: „Mama, fleh nur, der Hund hat lauter Landarten auf seinem Rücken.“

Verhör. „Ihre Personaldaten sind sehr lädenhaft angeben; Ihr Beruf? — „Ich arbeite in einer Parfümfabrik.“ — „Das kann aber doch kein Mensch riechen!“ (Meggendorfer Blätter.)

Das Dritte. „Kommen Sie vom Wirtshaus oder gehen Sie ins Wirtshaus? Ein Drittes gibt's bei Ihnen nicht.“ — „O ja! Ich komme vom Wirtshaus und gehe ins Wirtshaus.“ (Mag. Blätter.)

Kathederblüte. „Ist das wieder eine Unruhe heute. Dauert und wird da auf den hintersten Bänken gesprochen. Nun seien Sie doch mal einen Augenblick ruhig, damit ich hören kann, wer da eigentlich andauernd spricht.“ (Jugend.)

Mitmachliches Wetter.

Durch das Ueberhandnehmen des Niederdruckes ist auch für Dienstag bewölkt, teilweise regnerisches und kühleres Wetter zu erwarten.



Handel und Verkehr.

Der Dollarkurs notierte am Samstag in Frankfurt 42.852,50 G., 43.107,50 Br., in Berlin 42.902,25 G., 43.207,75 Br.

1 Schweizer Franken = 7648,30 G., 7686,70 Br.
1 Französischer Franken = 2805,45 G., 2819,55 Br.
1 holl. Gulden = 16.658,25 G., 16.741,75 Br.
1 Pf. Sterling = 197.006,25 G., 197.983,75 Br.
1 italienischer Lira = 2064,80 G., 2075,20 Br.
100 Österreichische Kronen = 59,97 G., 60,27 Br.

Das Goldmarksgeld beträgt für die Zeit vom 16. bis einschließlich 21. Mai 740.000 vom Hundert.

Ein Zwanzigmarsstück = 140.000 M. für ein Zwanzigmarsstück werden vom 14. Mai ab 140.000 M. für Reichsübermünzen der 300fache Betrag des Nennwerts bezahlt.

Die Kaustischen Holzverkäufe im April. Die durchschnittlichen Holzpreise vom Monat April aus den württ. Staatswaldungen betragen für Nadelstammholz 677, bei Fichten und Tannen 644 Prozent der Landesdurchschnittspreise. Während am Anfang des Monats die Preise hoch standen, sanken sie gegen Mitte und gegen Ende des Monats wieder etwas an.

Winnenden, 12. Mai. Dem Viehmarkt wurden 11 Ochsen, 18 Stiere, 53 Rüge, 27 Kalbinnen, 79 St. Schmalvieh zugeführt. Bei lebhaftem Handel alles verkauft. Bezahlt wurde für 1 Stier 3-3,5, Kalbinnen 4,25-4,50, Rüge 3-3,75 M., für Schmalvieh bis 1 M. M. — Auf dem Schweinemarkt galt ein Käufer 300-450.000, ein Milchsäuger 200- bis 330.000 M.

* Calw, 12. Mai. (Vieh- und Schweinemarkt.) Bei dem am Mittwoch abgehaltenen Vieh-, Pflanz- u. Schweinemarkt waren insgesamt 128 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 5 Ochsen, 8 Stiere, 1 Färren, 46

Rüge, 32 Rinder, 29 Kalbinnen und 5 Rälber. Bezahlt wurden für Ochsen von 35-5 M., Stiere von 1,5 bis 3 M. M., Rüge 1.600.000-4 M. M., Kalbinnen 1.300.000-4.500.000 M., Rinder von 100.000-900.000 M. je pro Stück. Auf dem Schweinemarkt waren 10 St. Käufer und 359 Milchsäuger zugeführt, für Käufer wurden bezahlt 280.000-350.000 M. pro Stück, für Milchschweine 280.000-530.000 M. pro Paar. Auf dem Pflanzmarkt war nichts zu sehen.

Letzte Nachrichten.

Die Note der italienischen Regierung.

ROM, 14. Mai. Die gestern Mittag der hiesigen deutschen Postholle überreichte Note der ital. Regierung wurde heute veröffentlicht. Auch Italien ist in seinen Erwartungen enttäuscht. Italien müsse darauf dringen, daß das Reparationsproblem und das Problem der internationalen Schulden sobald wie möglich gelöst werde. Italien ist erfreut, daß das deutsche Memorandum vom 2. Mai weit hinter den Vorstellungen zurückbleibt, die in dem Plan der britischen Regierung zu sehen sind. Ebenso würden alle konkreten Angaben über Garantien und Pfänder fehlen. Da die ital. Regierung unter diesen Umständen festhalten müsse, daß die deutschen Vorschläge keine wesentliche Änderung der Lage herbeiführen könnten, obwohl sie in ihrer Erwartung getäuscht worden sei, wiederholt sie ihren Rat, daß sowohl im Interesse Deutschlands, als auch im allgemeinen Interesse des Friedens und der europäischen Wirtschaft eine baldige erneute Gesandtschaft der deutschen Regierung zu Vorschlägen führen müsse die durch ihren Inhalt und durch ihre Be-

troutheit geeignet erscheinen, von der ital. Regierung zusammen mit ihren Mitteilungen mit Rücksicht auf Gefahr einer Prüfung unterzogen zu werden.

Die Regierung und die beiden Noten.

BERLIN, 14. Mai. Da der Reichskanzler aus gesundheitlichen Gründen nicht in Berlin ist, kann sich das Reichskabinett, mit der Bitte zu vermeiden, jedenfalls heute Nachmittag mit den englischen und der italienischen Note befassen.

Reichskanzler Cuno in München.

BERLIN, 14. Mai. Die „Montagspost“ meldet aus München, daß Reichskanzler Dr. Cuno in Begleitung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns in München eingetroffen ist, um mit Vertretern des Wirtschaftswissenschaftlichen Ausschusses des Reichsverbandes der Arbeitgeber in München zu verhandeln.

Frau Bertha Krupp erhielt Befehl zur Räumung des Hauses „Hügel“.

BERLIN, 13. Mai. Nach der „Vossischen Zeitung“ soll gestern an Frau Bertha Krupp der Befehl zur Räumung des Hauses „Hügel“ binnen vier Tagen ergangen sein.

Rundgebung in Moskau.

MOSKAU, 13. Mai. Bei der heutigen Rundgebung zu Ehren Worowskis an der, wie die „Rote Zeit.“ berichtet, eine ungeheure Menschenmenge teilnahm, hielt Tschischew eine längere Rede, in der er zunächst die unmittelbare Verantwortung für die Gewordung Worowskis auf die schwedische Regierung, die moralische Verantwortung jedoch auf die Regierungen Frankreichs, Englands und Japans hob.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Baum, Druck und Verlag der W. Ricker'schen Buchdruckerei in Altensteig.

Nützliche Bekanntmachungen.

Das Rundschreiben des W. Landesamts für Arbeitsvermittlung vom 8. März 1923, wonach für die auf Wochentage fallenden Feiertage Kurzarbeiterunterstützung nicht gewährt werden durfte, ist durch Erlass des Reichsarbeitsamts vom 30. April d. J. hinsichtlich geworden. Es haben bisher in Zukunft Abhilfe für die auf Wochentage fallenden Feiertage auch bei der Kurzarbeiterunterstützung zu unterbleiben.

Ragold, den 14. Mai 1923. Oberamt: Ragold.

Der am 15. Mai d. J. in Dettmolden statifindende Vieh- und Schweinemarkt wird abgehalten. Die näheren Bedingungen können beim Oberamt Ragold und Dettmolden eingeholt werden.

Ragold, den 12. Mai 1923. Oberamt: Ragold.

Altensteig.
Am Dienstag, den 15. Mai
sind unsere Geschäfte wegen Familienfeier
geschlossen.
Fritz Flaig, Conditorei.
Hirsch-Café, Inh. Fr. Flaig jr.

Altensteig.
Leder- und Wagenfett
in nur prima Qualität empfiehlt
Karl Kohler junior.
Gestricke Einkaufstaschen
in schöner Ausführung bei Obigem.

Weizengrieß, Haferflocken offen u. in Pak.
Reis, Makkaroni,
Suppeneinlagen, Paniermehl
usw.
empfehlen zu billigen Preisen
Gebr. Benz, Löwen Drogerie
Ragold und Eshausen.

Im Auftrag eines Gläubigers verkaufe ich nächsten
Mittwoch, vorm. 10 Uhr etwa
100 Zentner

Dunggips
in Gaskhof z. Eternen in Altensteig.
Schneitzle.

Maria Dürr
Christian Kempf
Verlobte
Wart Ebhausen
Mai 1923

Altensteig Stadt.
Holzverkauf
Dienstag, 15. Mai d. J.
nachmittags 6 Uhr beim
Ragold:
20 St. Stammholz
VLRI mit 1,32 m,
e. l. 2 m Brennholz
u. 2 neue tannene
Treppen.
Stadtschultheißenamt.

Altensteig.
Pfingskarten
find zu haben in der
W. Ricker'schen Buchhandlg.
Eshausen.
Gesucht wird zu baldigem
Eintritt ein ordentliches

Altensteig.
Mädchen
für Zimmer und Wirtschaft.
Schilf u. Waldhorn.

Altensteig.
Sehr schönes
**Kotklee,
Grasmischung,
Hanssamen,
Leinsamen,
Mohnsamen**
ist noch zu haben bei
Fritz Müller jr.
1a Limburger Käse
ist wieder eingetroffen bei
Obigem.
Werkbörse.
Anfragen: Josef Pfeiffinger
sen, 86 J.

Altensteig Stadt.
Straßensperre.
Wegen Ausführung der Bauarbeiten für die Durchführung
der Dr. Kochleitung der Wasserwerkanlage vom sog. Wasser-
schloß zum neuen Rathaus wird die Straßensperre von
der Wasserfabrikbrücke bis zum Reantenhaus
in der Zeit vom 20. Mai bis 9 Juni d. J.
für Landholzfahrwerke gesperrt.
Größere Fuhrwerke und Kraftwagen können über die
Baustraße fahren.
Den 8. Mai 1923.
Stadtschultheißenamt: Seiler.

Beuren
**Stammholz-
Verkauf**

Aus Wt. 18 Re. Mühlberg kommen im schriftlichen Auf-
trage in 3 Losen zum Verkauf und zwar
Los I 30,65 Fm Tannen
Los II 38,58 Fm Tannen
Los III 36,57 Fm Fichten
Schriftliche Angebote sind in ganzen Projekten nach den
Bedingungen vom 1. 11. 22 bis Donnerstag, den 17. Mai
nachmittags 2 Uhr mit entsprechender Aufschrift beim
Schulth. Amt einzureichen. Die Eröffnung erfolgt sofort.
Bedingungen sind diejenigen des Waldbest. vord. 1906.
Abzug gütig. Nähere Auskunft erteilt Waldm. Seeger.
Beuren, den 11. Mai 1923.
Schultheißenamt.

Hochdorf, den 13. Mai 1923.
Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme
bei dem Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer
lieben Mutter, Schwieger-, Schwieger- u. Groß-
mutter und Tante
Eva Marie Seeger
geb. Theurer
Insbesondere für die zahlreiche Begleitung zu
ihrer Beerdigung, auch für die schönen Worte
des Herrn Pastors, sowie für den ehrenvollen Ge-
sang des Herrn Oberschere mit dem Gesangs-
verein sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Photographie-Rahmen
empfiehlt die
W. Ricker'sche Buchhandlung in Altensteig.

